

Frage des Tages

Müssen die Chemiefirmen für die Sanierung der Böden aufkommen?

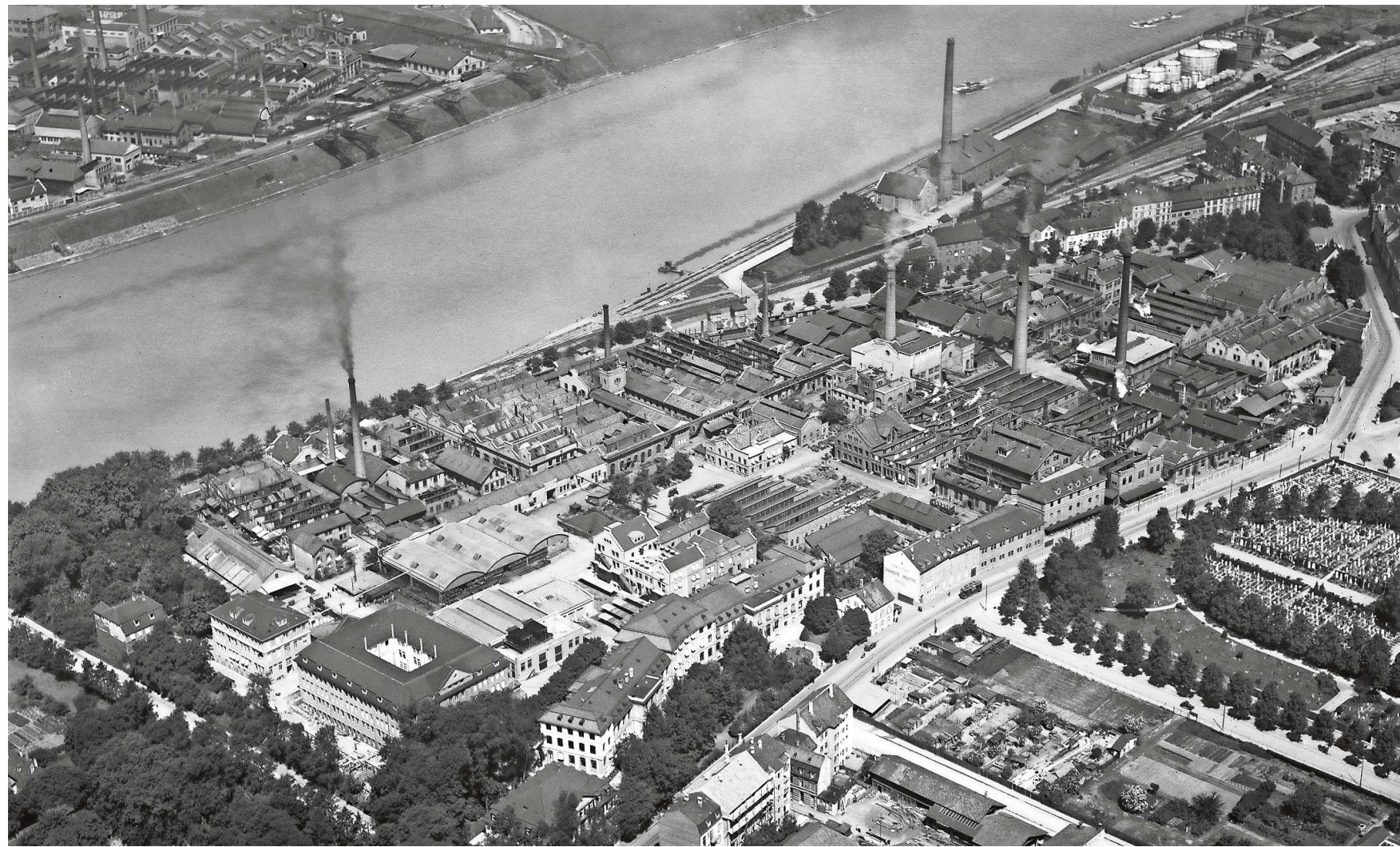
Im Klybeckquartier sind neue Wohnsiedlungen geplant. Doch der Untergrund ist voller Giftmüll. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Sollen Eisenbahnschwellen im Hafen gelagert werden?



Ein ganzes Quartier auf einer Giftmülldeponie

Im Klybeck soll ein neues Quartier entstehen, doch unter der Erde liegen Chemieabfälle – das kann teuer werden



Zeitalter der Industrie. Das Klybeck wurde schrittweise aufgeschüttet, um es zu bebauen und unter anderem der Industrie zugänglich zu machen. Foto von 1929/Novartis

Von Serkan Abrecht

Basel. Besorgte Kinder und Eltern stehen um den Spielplatz beim Primarschulhaus Ackermätteli im Klybeck. Rund ein Dutzend Menschen in weissen Ganzkörperanzügen sperren das komplette Areal ab und stellen Gift-Warnzeichen auf dem Rasen auf. Den Umstehenden sagen sie, dass der Boden des Spielplatzes vergiftet sei und sie ihn deshalb absperren müssten. Diese Protestaktion von Greenpeace war vielleicht etwas übertrieben, sorgte aber für die notwendige Aufmerksamkeit.

Losgetreten hatte die Diskussion ums Ackermätteli der Umweltaktivist Martin Forter, der Anfang April behauptete, beweisen zu können, dass unter dem Spielplatz eine Giftmülldeponie liege. Seither fordern Eltern, Anwohner, Umweltschutzorganisationen, SP und Grüne Antworten. Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) gab Entwarnung: Unter dem Spielplatz gebe es keine Giftmülldeponie. Der Boden sei für die Kinder ungefährlich. Grünen-Präsident Harald Friedl forderte das AUE anschliessend dazu auf, die bisherigen Untersuchungen und Ergebnisse öffentlich zu machen.

Historische Vergiftung

Das Amt für Umwelt hat der BaZ nun die verschiedenen Untersuchungen beim Ackermätteli und im gesamten Klybeck offengelegt. Für den Spielplatz kann es tatsächlich Entwarnung geben: Zwar hat das AUE aufgrund der Vorwürfe von Greenpeace und Forter keine Bohrungen in Auftrag gegeben, jedoch sei das gemäss Leiter Gewässerschutz Paul Svoboda nicht notwendig gewesen. Denn: 2012 wurde der komplette Spielplatz neu gestaltet. Dieser Zeitung liegen die Unterlagen zum Umbau des Spielplatzes vor. Bei dem damals getätigten Aushub bis auf einen Meter Tiefe wurden keinerlei chemische Abfälle gefunden. «Es besteht daher kein gesundheitliches Risiko für die Besucher des Spielplatzes», sagt Svoboda. Auch aus den Bodenuntersuchungen von 2013 und dem März dieses Jahres geht nicht hervor, dass diverse giftige Ablagerungen eine realistische Gefahr für die Kinder darstellen.

Doch woher kam der ursprüngliche Verdacht, dass die Kinder auf Giftmüll spielen würden? Martin Forter legte diversen Medien einen Grundwasser-Bericht der Ciba-Geigy von 1988 vor.

Darin verzeichnet das Geologiebüro CSD drei Abfalldeponien mit dem Begriff «Chemieschlamm». Sie liegen alle entlang des Altrheinwegs – die eine ist unweit vom Ackermätteli entfernt. Es ist durchaus möglich, dass unter dem Spielplatz tatsächlich Rückstände von Chemieabfällen zu finden sind.

Doch was im gesamten Wirbel um das Ackermätteli vergessen ging, ist, dass das Klybeck-Quartier unter anderem auf Chemieabfällen gebaut wurde. Auf dem Kataster der belasteten Standorte (siehe Bild) zeigt sich, dass fast flächendeckend im ganzen Quartier mit einem Untergrund gerechnet werden muss, wo giftige Abfälle gelagert wurden. «Wenn man irgendwo im Klybeck-Quartier eine Schaufel ansetzt, besteht durchaus die Möglichkeit, dass man auf Chemieschlamm stösst», formuliert es Paul Svoboda.

Diese Abfälle liegen mehrheitlich schon seit über hundert Jahren im Boden. Im gesamten Klybeck wurden in den Jahren zwischen 1895 und 1934 Auffüllungen getätigt, um das Gebiet zu ebnen und bebaubar zu machen. Das Klybeck wurde früher, als einzig die Färberei- und später die Pharmaindustrie das Gebiet besiedelten, immer wieder von Hochwassern, ausgehend von der Wiese oder dem Rhein, heimgesucht und stand über längere Zeit unter Was-

ser, wodurch das Gebiet teilweise einer Sumpflandschaft glich.

Regierung und Grosser Rat beschlossen deshalb 1895 das Gebiet aufzufüllen (siehe Chronik) – mit allem, was gerade zur Hand war. Das Klybeck wurde mit «Aushub, Bauschutt, Haus- und Gewerbeabfällen sowie Schlacken und Asche künstlich aufgefüllt», schreibt das AUE als Bemerkung zum Kataster. De facto liegt das Klybeck auf einer Deponie von Metall, Hausrat und nicht genauer definierten Gewerbeabfällen der dortigen Industrie, die giftig sein können.

Schädlich für das Grundwasser seien all diese Abfälle nicht. Nicht mehr. «Alles, was wasserlöslich ist, wurde vor Jahrzehnten bereits in den Rhein gespült», so Svoboda. «Heute werden die Stoffe nicht mehr abgetragen. Das ist, als ob man einen Teebeutel zum hundertsten Mal in ein Glas Wasser tunken würde; da löst sich auch nichts mehr.»

Dennoch stehen BASF, Novartis und der Kanton vor einem Problem. Mit ihrem Projekt «Klybeckplus» soll auf den heutigen, unzugänglichen Industriearealen zwischen Rhein und Wiese in der Zukunft ein ganzes neues Quartier für Basel entstehen.

Teure Entsorgung

Auf den 300000 Quadratmetern sollen Wohnraum, Parks und Gewerbeflächen entstehen. Also muss auf dem Klybeck in Zukunft viel gegraben und gebaggert werden. Und wo im Klybeck gegraben wird, sind die Chancen gross, dass man auf Gewerbeabfälle, Chemieschlamm oder Ofenschlacke stösst, die mitunter giftige Stoffe enthalten können. Auch wenn sie im heutigen Zustand nicht mehr schädlich für Mensch und Tier sind, so muss doch jeder kontaminierte Aushub nach den Richtlinien der eidgenössischen Abfallverordnung entsorgt werden. Das kann zu enormen Mehrkosten führen, wie ein Beispiel gleich jenseits der Grenze zeigt.

Dort saniert Novartis seit 2014 das Steih-Areal neben ihrem Campus. Der Boden ist bis in 14 Meter Tiefe mit dem Insektizid Lindan verseucht, das aus Nebenprodukten der eigentlichen Produktion in den Boden gelangte. Novartis budgetierte die Sanierung auf 100 Millionen Franken und kündigte einen Abschluss der Arbeiten für 2017 an. Mittlerweile haben sich die Ausgaben verdoppelt, und die Arbeiten sollen erst in drei Jahren abgeschlossen sein.

«Die Situation hat sich doch noch als schwieriger herausgestellt als vorausgesagt», so das Fazit von Novartis.

Auch im Klybeck könnten für den Kanton, BASF und die Novartis erhebliche Mehrkosten bei der Bebauung der Industrieareale entstehen. Kostet beispielsweise die Entsorgung einer normalen Tonne Bauaushub 34 Franken, können es bei einem kontaminierten Aushub schnell 140 Franken pro Tonne werden. Das AUE rechnet auf einen Kubikmeter mit zwei Tonnen Bauschutt. Ist der Aushub so toxisch, dass er «thermisch» entsorgt werden muss, können gemäss Paul Svoboda Kosten von 500 Franken pro Tonne entstehen, da man den Schutt mit dem Schiff in eine spezielle Verbrennungsanlage in den Niederlanden transportieren muss.

Frage der Verantwortung

Das Risiko von massiven Mehrkosten bei der Bebauung des Klybecks kann einschneidend auf den Wert der Grundstücke und den darauf stehenden Immobilien wirken. Sie können es auch erschweren, relativ günstigen Wohnraum zu schaffen, da die hohen Entsorgungskosten bei einem Bau die Mietzinsen dann letztlich hochdrücken könnten. Alles auf Kosten der künftigen Bauherren oder des Steuerzahlers. Der Kanton plant nämlich, mindestens 50000 Quadratmeter auf dem Land zu erwerben. Für diese Grösse hat er sich jedenfalls bereits ein Vorkaufsrecht bei der BASF und der Novartis gesichert.

Chronik des Klybeck-Quartiers

1562: Bislang lag das Klybeck in der Überschwemmungsebene der Wiese. Im Mittelalter kommt es zur ersten Flusskorrektur, um Überschwemmungen vorzubeugen.

1878: Zwei Jahre zuvor kommt es zu heftigen Überschwemmungen. Die Wiese wird deshalb mit Leitwerken im oberen Bereich von Kleinhüningen in eine gerade Richtung gezwungen.

1882: Im Winter gibt es erneut extremes Hochwasser. Die Wiese durchbricht mit ihren Wassermassen den Damm unterhalb der Eisenbahnbrücke. Die Korrekturarbeiten dauern bis 1887 an.

1895: In der Ratssitzung im März legt der Grosse Rat das Strassennetz für Kleinhüningen und das angrenzende Gebiet von Kleinbasel fest. Die Strassen

Und zehn Prozent des darauf geschaffenen Wohnraumes soll gemäss Kanton «günstiger» Wohnraum werden.

Noch ist nicht klar, welche Flächen der Kanton genau aufkaufen will und ob der jeweilige Untergrund stark, weniger stark oder gar nicht kontaminiert ist. Des Risikos ist er sich jedoch bewusst. «Wir haben Kenntnis davon, dass ein grosser Teil des Klybeck-Areals im Kataster der belasteten Standorte eingetragen ist. Die Bodenbelastung wird Teil der Kaufpreisermittlung sein», sagt Barbara Neidhart von den Immobilien Basel-Stadt (IBS). Mit welchen Kaufpreisreduktionen der Kanton rechnet, lässt er offen. Fraglich ist auch, ob der Kanton für die entstehenden Mehrkosten auf seinem erworbenen Areal aufkommen muss oder ob BASF und Novartis diese berappen müssen.

Bei der Finanzierung des Aushubmaterials von belasteten Standorten, gilt nach Bundesgesetz das Verursacherprinzip. Die vielen Firmen, die vor über 100 Jahren für die Bodenverschmutzung verantwortlich waren, existieren aber entweder nicht mehr oder sind in den Multis BASF und Novartis aufgegangen. Ob nun diese für die Bodenbelastung haftbar gemacht werden können, ist unklar. Schliesslich handelte es sich bei der Aufschüttung des Klybeck-Quartiers um einen Beschluss des Grossen Rats. Dieser war sich 1895 anscheinend der Schädlichkeit des ausgeschütteten Abfalls und der Schlacken nicht bewusst.

Keine konkreten Pläne

Novartis will sich nicht konkret zu ihrer Verantwortung äussern. Auf Anfrage schreibt Mediensprecher Daniel Zehnder: «Da zu jetzigen Zeitpunkt noch keine Nutzungsplanung auf dem Areal vorliegt, ist es schwierig, hierzu konkrete Aussagen machen zu können. Eine Einschätzung muss situativ in Abhängigkeit der Verunreinigung und der zukünftigen, vorgesehenen Nutzung erfolgen.» BASF antwortet ähnlich: «Für die weiteren Planungsschritte werden weitere Untersuchungen durchgeführt und die daraus folgenden Ergebnisse ins Projekt einbezogen. Die fachgerechte Entsorgung von baubedingtem Aushubmaterial wird innerhalb von künftigen Bauprojekten sichergestellt», so ihr Sprecher Franz Kuntz.

Nebst dem vergifteten, aber bis zu einem Baubeginn nicht sanierungsbedürftigen Untergrund des Klybecks zeigt sich im Online-Kataster des Kantons ein tieferer Fleck auf einem Areal der BASF gleich über der Mauerstrasse. Die Warnfarbe steht für: «belastet, sanierungsbedürftig». Gemäss dem AUE handelt es sich dabei um einen «Unfallort», der mit Chlorbenzolen, einem giftigen Halogenkohlenwasserstoff, belastet sei. Seit 1999 werde der flüssige Stoff aus 15 Metern Tiefe herausgepumpt. Das Amt für Umweltschutz und Energie dazu: «Im Moment wird von Novartis/BASF die Sanierung dieser noch vorhandenen Chlorbenzol-Restbelastung geplant.»



Giftiger Aushub. Die schwarzen Flecken sind «Chemieschlamm» auf einer Baustelle im Klybeck.